

Gegenstand: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Speyer
Vorlage: 0640/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Zehfuß schlägt vor, die Punkte einzeln abzuarbeiten.

§ 7a Aufzeichnungen

Herr Zehfuß (CDU) und Frau Hofmann (FDP) möchten eine Aufnahme des Rechts am eigenen Bild für eigene Beiträge ohne Drittbeteiligung.

Frau Keller-Mehlem (UfS) und Herr Popescu (Linke) hingegen befürchten auch die Möglichkeit einer polemischen Verzerrung eigener Beiträge und würden unter diesen Vorzeichen lieber ganz auf eine Verwendung verzichten wollen.

Herr Baust stimmt den Argumenten der CDU zu. Die FWS lehnen aber ein Copyright auf Dokumente der Verwaltung ab.

Die SPD würde die Formulierungen laut Herrn Gottwald lieber so lassen. Auch Zachmann (Grüne) würde die Rechte lieber bei der Stadt belassen.

Herr Zehfuß wendet ein, was man als Person im Raum sagt, kann man auch immer frei verwenden.

Die Vorsitzende sagt eine rechtliche Prüfung und Modifizierung der Formulierung für die Stadtratssatzung zu.

§ 8 ASBV Bauturbo

Die Vorlage entspricht laut Herrn Zehfuß dem, was der ASBV beschlossen hat

Frau Hofmann thematisiert die zitierten Leitlinien. Diese wurden laut Verwaltung im ASBV bereits beraten und sollen im Stadtrat am 25.06. verabschiedet werden.

§ 8 SchTA Benehmen Schulleitungen

Wird bereits so praktiziert.

§ 9 Kreditlinie

Frau Hofmann äußert grundsätzlich Verständnis, erkundigt sich aber nach der Haftungsfrage. Es gibt in diesem Fall keine persönliche Haftung, so die Verwaltung, außer es lägen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vor.

§ 10 Geschäfte der laufenden Verwaltung

Damit hat die CDU die größten Probleme, so Herr Zehfuß. Er sieht keine Notwendigkeit für diese Regelung und hinterfragt den Zeitpunkt. Es gebe eine klare rechtliche Abgrenzung durch die Rechtsprechung. Der § enthält viele unbestimmte Rechtsbegriffe, in RLP herrscht zudem eine andere Systematik als in NRW. Geschäft der laufenden Verwaltung sind wiederkehrende Rechtshandlungen.

Laut Vorsitzender ist der Entwurf lediglich eine Diskussionsgrundlage. Der Punkt wurde aufgenommen, weil einer Hauptsatzungsänderung jetzt wegen des Bauturbos vorgenommen werden muss.

Frau Keller-Mehlem vermutet den Grund in Differenzen bei den Beschlussfassungen der letzten Sitzungen.

§ 10 wird seitens der Verwaltung gestrichen.

Herr Zehfuß stellt den Änderungsantrag, das Recht am eigenen Bild in § 7a Abs. 6 aufzunehmen, auch wenn es im Absatz (3) bereits erwähnt ist.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: AfD) die Annahme der vorgeschlagenen Änderungen der Hauptsatzung.

§ 10 des Vorlagenentwurfs wird gestrichen.

Zu § 7a Abs. 6 legt die Verwaltung zur Beschlussfassung im Rat eine überarbeitete Formulierung vor, die das Recht am eigenen Bild sichert.

Gegenstand: **Stellungnahme zum Bericht des Rechnungshofs 2025;**
 hier: Bewirtschaftung der städtischen Weinbergfläche (Ziff. 17.2.3)
 Vorlage: 0805/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf den Bericht des Landesrechnungshofs (LRH). Ziel ist eine politische Beschlussfassung, dass der Weingarten bei der Stadt und öffentlich bleibt. Die Ruländer-Akademie hat ihre Unterstützung bei der Betreuung zugesagt.

Am Rande bemerkt sei, dass die Vorgänger des LRH-Präsidenten Mitglieder der Akademie waren und bei der Lese geholfen haben.

Herr Hoffmann unterstreicht den Ruländer-Wingert als Kulturgut von besonderem Wert.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss nimmt den Bericht des Rechnungshofs Speyer aus dem Jahr 2025 zur Kenntnis. Das Gremium bekräftigt den ausdrücklichen politischen Willen, die traditionelle Bewirtschaftung des städtischen Weinbergs am Tafelsbrunnen im bisherigen Umfang durch die Stadtgärtnerei fortzuführen. Eine Aufgabe der rund 1.500 m² großen Fläche, eine Reduzierung der Pflege oder eine vollständige Übertragung an Dritte wird abgelehnt.

12. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 18.06.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: **Unterrichtung des Stadtrats über die Prüfung der Stadtverwaltung Speyer durch
den Rechnungshof Rheinland-Pfalz entsprechend § 33 Abs. 1 GemO - Update**
[Vorlage: 0801/2026](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende unterstreicht, dass eine Prüfung von außen auch für die Verwaltung wichtig sei, da sie einen anderen Blick auf manche Sachverhalte gibt.

Der Ausschuss nimmt die fortgeschriebenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.

Gegenstand: **Festbeleuchtung Speyerer Altstadtfest**
 Vorlage: 0802/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende weist auf die immensen Kosten für 2 Tage hin. Auch der Versuch war nicht zielführend.

Herr Zehfuß räumt ein, dass die CDU vielleicht nicht ganz unschuldig an der Beschlusslage aus dem ASBV war. Eine multifunktionale LED-Beleuchtung sollte das Ziel sein, weshalb seine Fraktion den jetzigen Verwaltungsvorschlag mitgeht.

Die Grünen-Fraktion sieht dies laut Frau Dr. Heller genauso.

Nach Auffassung von Frau Keller-Mehlem ist das zwar eine stimmungsvolle Beleuchtung, die aber in keinem Verhältnis zu den Kosten steht. Sie regt an, sich damit im Wirtschaftsförderungsbeirat vertieft zu befassen.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss beschließt, dass im Rahmen des Speyerer Altstadt-fests zukünftig auf die Installation der bisherigen Festbeleuchtung in den Gassen der Altstadt verzichtet wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anschaffung von hochwertigen und energieeffizienten LED-Leuchtmitteln zu prüfen, die für mehrere Veranstaltungen genutzt werden können.

Gegenstand: Beantragung von Mitteln aus dem Regionalbudget des Sondervermögens
Vorlage: 0803/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende unterstreicht, dass es heute nur die Vorstellung gehe. Die Entscheidungen sollen nach der Sommerpause getroffen werden. Bezeichnend sei, dass der Bund über mangelnden Mittelabruf klagt, während seitens des Landes noch gar keine Verordnung für den Abruf vorliegt.

Das Umsetzungskonzept soll als Prosaantrag bis 19. August 2026 eingereicht werden. Eine Projektliste ist keine Forderung des Landes, erschien der Verwaltung aber zu wenig. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf schulischen Einrichtungen und das nicht als nice-to-have-Projekte sondern im Bereich des real vorhandenen Investitionsstaus, innerhalb dessen diese Mittel aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Maßnahmen unter 250.000 € sind nicht förderbar, ebenso Personalkosten, außer es handelt sich um den Zukauf von externem Sachverstand.

Die Liste ist dynamisch, es werden auch immer wieder andere Fördermöglichkeiten überprüft. Für den Schulneubau sind die Gelder ausgeschlossen.

Herr Gottwald begrüßt für die SPD den Weg der Verwaltung als transparent und veränderbar. Behoben werden drängende, sichtbare Mängel. Notwendig wären auch moderne Verkehrskonzepte, vielleicht lassen diese sich auf anderem Wege finanzieren.

Frau Hofmann erkundigt sich über die Art und Höhe des Betrages, der laut Verwaltung eine Zuweisung darstellt. Die FDP vermisst Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen. Ebenso verwundern die Ansätze für die Villa Ecarius, nachdem im Herbst vergangenen Jahres noch berichtet wurde, es sei alles im grünen Bereich. Die Vorsitzende erläutert, das Gebäude sei zwar außen nicht baufällig, aber ein Innenausbau sei dringend erforderlich. Tiefbauprojekte werden über andere Landestöpfe finanziert.

Frau Keller-Mehlem begrüßt die Aufnahme der KiTa Russenweiher. Im Zuge der Hitzebedarfsplanung regt UfS an, bei der Außenbereichsplanung von Schulen/KiTs überall auch Trinkbrunnen vorzusehen und diese miteinzuplanen. Der Schwerpunkt auf Bildungseinrichtungen sei gut.

Aus Sicht von Herrn Hoffmann schafft die Liste Möglichkeiten, die man sonst nicht hätte. Die CDU möchte wissen, ob das Umsetzungskonzept auch die Nachrückerprojekte umfasst, ob diese zum Zuge kommen, wenn sich für Erstprojekte andere Fördertöpfe finden und ob jedes Projekt einzeln betrachtet wird. Die Vorsitzende unterstreicht nochmals, dass die Projektliste nicht beim Land eingereicht wird. Über jede Maßnahme entscheiden Fachausschuss und Rat. Es wird eine jährliche Überprüfung angestrebt. Die Fraktionen können gerne noch weitere Projekte anmelden.

Herr Popescu fühlt sich gut mitgenommen und informiert. Die Realisierungen liegen ja z.T. noch sehr weit in der Zukunft. Die Linke begrüßt ebenfalls den Schwerpunkt Bildung wie die anderen demokratischen Parteien. Nur eine Fraktion will ja, dass Frauen und Kinder zuhause bleiben und Erziehung dort stattfindet.

Nachgefragt wird, ob die 4gliedrige KiTa noch aktuell ist und mit Frischküche geplant wird. Dies ist laut Frau Keller-Mehlem vom Rat so beschlossen.

Er erwähnt, dass die Villa Ecarius in der Nachrückerliste mehrfach mit 0 € erscheint.

Die Notfalltankstelle steht mit 120.000 € im Ansatz, was den Förderkriterien widerspricht. Laut Verwaltung ist das ein Schreibfehler; es fehlt eine Null im Ausdruck, es muss 1,2 Mio. € lauten.

Diese Wertgrenze ist natürlich ein Hemmnis für Investitionen im Bereich Sport und Kultur. Die Vorsitzende verdeutlicht, eigentlich müssten die Kommune jedes Jahr vom Bund 20 Mio. € erhalten.

Die Grünen vermissen laut Frau Dr. Heller ökologische Aspekte, Begrünung, Wasserspender oder barrierefreie Zugänge an Schulen. Die Sanierung der BBS wird sehr begrüßt. Sie möchte wissen, wie verbindlich denn der Beschluss ist.

Die Vorsitzende bringt eine Fristverlängerung für das Umsetzungskonzept bis 20.8. ins Gespräch, um im Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss nochmals darüber zu sprechen. Der Inhalt der Landesverordnung ist noch unbekannt, weil die rechtlichen Abstimmungen zwischen Bund und Ländern noch nicht abgeschlossen sind. Das Umsetzungskonzept ist orientiert an der Stadt Mainz.

Auch Frau Hofmann fragt nochmals nach, ob die Projekte dann bindend sind. Die Vorsitzende erklärt ein weiteres Mal, dass die Projektliste nicht mitgeschickt wird.

Frau Dr. Heller trägt noch die nachhaltige Regeneration des Russenweiher vor sowie die Sanierung des Rheinstadions; dieses wird laut Verwaltung bereits vom Förderprogramm Kernstadt Mitte abgedeckt.

Frau Keller-Mehlem schlägt vor, Fahrradabstellmöglichkeiten mit PV-Anlagen auszustatten.

Herr Zehfuß erinnert daran, dass heute nur eine empfehlende Beschlussfassung für die Einreichung des Umsetzungskonzepts gefordert ist.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt die Einreichung des vorgelegten Umsetzungskonzeptes beim Land Rheinland-Pfalz.

12. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 18.06.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: **Informationen der Verwaltung**

Informationen der Verwaltung liegen keine vor.

12. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 18.06.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7.1

Gegenstand: **Grundstücksangelegenheiten**

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage einstimmig zu
(bei 1 Enthaltung).

12. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 18.06.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7.2

Gegenstand: Grundstückangelegenheiten

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage einstimmig zu
(bei 1 Enthaltung).

12. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer am
18.06.2026

12. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses 18.06.2026 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das
Gesamtdokument!